

Änderungsanträge an den Sonderparteitag der Linken am 18. Januar 2025 in Berlin an den Entwurf des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2025 – 6. Kapitel "Eine friedliche Welt ist möglich"

Antragstellerin: BAG Frieden und internationale Politik

1. ~~Streiche~~, ergänze bzw. ersetze in Zeile 902-904 sowie Zeile 907-909:

„Wir setzen dagegen auf eine Politik, die internationale Solidarität über Profitinteressen stellt. Wir streiten für eine Stärkung des Völker- und Menschenrechts um eine weltweite Friedensordnung basierend auf rationaler Konfliktklärung, dem stetigen Ausbau der sozialen Lebensgrundlagen und gerechtem Welthandel zu schaffen. Denn eine Militarisierung der Politik nutzt nur den Rüstungsriesen, global agierenden Unternehmen und Finanzkonzernen. Wir stellen uns der Herausforderung, den Frieden zu sichern, ohne kriegerisch zu werden. Denn eine Militarisierung der Politik brutalisiert die Gesellschaft und zerstört die Demokratie von innen. Für den Russland-Ukraine-Krieg heißt das, dass wir eng an der Seite der Menschen in der Ukraine und Russlands stehen und uns für massive humanitäre Hilfe ebenso einsetzen wie für diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine wie wir alle Kriege ablehnen. Er muss unverzüglich beendet werden und der Rest der Welt darf nicht wegsehen. ~~Aber wir fordern einen Strategiewechsel:~~ Statt immer mehr Waffenlieferungen braucht es endlich eine gemeinsame Initiative der Bundesregierung und der EU mit China, Brasilien und anderen Staaten des globalen Südens, um Russland an den Verhandlungstisch zu bringen.“

Begründung:

Frieden wird nie durch Krieg oder kriegerische Menschen geschaffen, sondern durch eine Rückkehr zum Völkerrecht, durch eine Wirtschaft, die für die Menschen da ist, durch Gesundheit, gute Bildung und Kultur und Arbeit für alle. Dass die Herrschenden Krieg für den Frieden führen wollen, sollten wir ihnen nicht abkaufen. Schon die Aussage römischer Militärschriftsteller, verrät, dass diese Erzählung nur den Rüstungsriesen dient: „Si vis pacem para bellum“ = „Wenn du Frieden willst, rüste [!] zum Krieg“. Wir brauchen also keinen „Strategiewechsel“ in der Friedensschaffung, sondern ein sofortiges Ende der kriegerischen Waffenlieferungen.

2. ~~Streiche~~, ergänze bzw. ersetze in Zeile 917-921:

„~~Im Krieg in der Ukraine zeigt sich, wie gefährlich die Konfrontation zwischen den geopolitischen Machtblöcken geworden ist. Das Machtgefüge der Welt verschiebt sich. Die Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-Staaten, infrage gestellt. Dabei versuchen alle Akteure, mit allen Mitteln mehr Einfluss zu gewinnen und vorhandenen Einfluss gewaltsam zu verteidigen.~~ Für uns als Partei Die Linke heißt Internationalismus: Solidarität mit den Menschen, Bewegungen, Organisationen, Parteien und Regierungen, die sich für einen eigenständigen Entwicklungsweg jenseits kapitalistischer Profitlogik und gegen imperialistisches Hegemoniestreben einsetzen. Wir begrüßen und unterstützen den Aufbruch des Globalen Südens gegen koloniale Ausbeutung und Kriege, Blockaden und Sanktionen - für radikale Entschuldung, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und Frieden in allen Ländern. Die Vormachtstellung des Westens, insbesondere der USA, wird durch neue Blöcke, wie die BRICS-Staaten, infrage gestellt. Der aggressive Kampf besonders der NATO-Staaten gegen ihren Machtverlust sowie der Versuch anderer mächtiger Akteure, Einfluss zu gewinnen oder vorhandenen Einfluss auch gewaltsam zu verteidigen, führt zu gefährlichen Konfrontationen wie im Krieg um die Ukraine.“

Begründung:

Die geopolitischen Blöcke verschieben sich nicht von selbst und auch die Gefahr ist keine Naturgewalt, es gibt Akteure. Die fortschrittlichen Kräfte im Globalen Süden sind besonders relevant auf dem Weg zu einer multipolaren Weltordnung, und wir dafür, den Imperialismus hier zu bekämpfen, damit alle Menschen demokratisch und souverän über ihr Zusammenleben entscheiden (können). So ist der Wandel zu begrüßen.

3. Streiche, ergänze bzw. ersetze in Zeile 939-940:

„Wir wollen die weltweite Spirale von Aufrüstung und Konfrontation durchbrechen. Das drohende Wettrüsten und die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen führen nicht zu mehr, sondern zu weniger Sicherheit für die Menschen in Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Von einem Rüstungswettkampf profitieren vor allem die Rüstungskonzerne und ihre Anteilseigner. Er geht zu Lasten des sozialen ~~Fundamentes~~ Sicherungssystems, der Daseinsfürsorge, der Bildung, der Gesundheit, des Klimaschutzes ~~der Demokratie~~ und der dringend nötigen Zukunftsinvestitionen überall in die Infrastruktur. Die neoliberalen Angriffe auf Renten, Löhne, Bürgergeld, Sozialversicherungen, Sozialwohnungen und Mieten werden die Gesellschaft weiter polarisieren. Diese dysfunktionale Politik befördert rechten Populismus, Rassismus und Extremismus und gefährdet damit das demokratische Fundament unserer Gesellschaft.

Begründung:

Wir sollten den offensichtlichen und historisch belegten Zusammenhang zwischen Militarismus und Kriegshetze mit Sozialabbau, Rechtsextremismus bis hin zum Faschismus hier deutlicher hervorheben. Die Lehren aus der Weimarer Republik sollten wir hier vergegenwärtigen.

4. Streiche, ergänze bzw. ersetze in Zeile 941-942:

„Dagegen braucht es eine ganz andere, eine friedenspolitische Zeitenwende ~~–für eine Sicherheitspolitik ohne militärischen Tunnelblick.~~“

Begründung:

„Sicherheitspolitik“ IST die Verengung der Politik auf einen militärischen Tunnelblick. Die Bevölkerung hat kein Interesse am Krieg, daher wird die Erzählung „WIR“ müssten nun „UNSERE Sicherheit verteidigen“ bemüht und damit Friedensentwicklung durch „Sicherheitspolitik“ ersetzt. Die Linke steht aber dafür, die soziale Ungleichheit gegen die Herrschenden zu beenden und damit für eine soziale zivile Wende mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus.

5. Streiche, ergänze bzw. ersetze in Zeile 943-944:

„Die Linke strebt eine kooperative Sicherheitspolitik in Europa an. Die NATO ~~ist dafür nicht geeignet~~ ist das Gegenteil davon. Wir fordern daher die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.“

Begründung:

Wie sollte die NATO als Militärbündnis für kooperative Sicherheitspolitik „geeignet“ sein?

Ein kollektives Sicherheitssystem muss auf Vertrauensbildung beruhen, die Interessen aller Mitglieder (und darüber hinaus) und gegenseitige Abrüstung im Blick haben. Russland ist Teil von Europa. Das Wahlprogramm sollte nicht hinter das Parteiprogramm zurückgehen.

6. Streiche, ergänze bzw. ersetze in Zeile 969-972:

„Keine Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, sondern Abrüstung und keine weitere Aufrüstung in Deutschland und Europa. Die europäischen NATO-Staaten geben heute schon – kaufkraftbereinigt – sehr viel mehr Geld für das Militär aus als Russland. Sie sollten den ersten Schritt gehen und mit Abrüstung des eigenen Militärs auf Deeskalation und eine politische Konfliktlösung hinwirken für eine europäische Sicherheitsstruktur auf Basis der OSZE inklusive Russlands. Sicherheit ist ohne Aufrüstung organisierbar.“

Begründung:

In einer Welt mit (Atom-)Waffen ist niemand sicher. Nur rationale Gestaltung im Kontra zu den (Kriegs-)Profiteuren schafft gute Lebensgrundlagen. Abrüstung für soziale Verbesserungen ist also das Gebot der Stunde.

7. Streiche, ergänze bzw. ersetze in Zeile 977:

„Wir wollen die nukleare Teilhabe der Bundeswehr beenden. Alle US-Atomwaffen müssen aus Deutschland abgezogen werden. Die Bundesrepublik muss dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beitreten, der mittlerweile von 74 Staaten ratifiziert wurde und verbietet umfassend, Atomwaffen zu entwickeln, zu testen, zu produzieren und zu besitzen, sowie weiterzugeben, zu lagern, einzusetzen und damit zu drohen.“

Begründung:

Die BRD ist offiziell für atomare Abrüstung, bedient und unterstützt aber die US-Doktrin der Abschreckung. Mit dem Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag würde sich das ändern und der Druck auf die Atomkräfte, alle Atomwaffen abzuschaffen, empfindlich erhöht werden.

8. Streiche, ergänze bzw. ersetze in Zeile 984:

„Deutschland muss die Bemühungen des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) zur juristischen Aufarbeitung und Verfolgung der Verbrechen im Kontext des Nahost-Krieges seinen Verpflichtungen als Vertragspartner gemäß unterstützen. Das bedeutet, die Haftbefehle gegen Benjamin Netanjahu und andere anzuerkennen und umzusetzen. Gemäß den Beschlüssen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) ist zudem gegen die völkerrechtswidrige Besatzungs- und Siedlungspolitik der israelischen Regierung für eine Friedenslösung auf Basis der Zweistaatenlösung von 1967 einzutreten. Alle Waffenlieferungen an die israelische Regierung sind sofort zu beenden, um völkerrechtswidrige Handlungen zu verhindern und den Krieg zu beenden.“

Begründung:

Das Wahlprogramm ist dafür da, die Positionen der Linken klar verständlich zu machen, Perspektiven zu weiten und zum Mitmachen anzuregen. Daher sollten die Positionen und ihre Konsequenzen auch unzweideutig benannt werden.

9. ~~Streiche~~, ergänze bzw. ersetze nach Zeile 990:

„Wir streiten für eine drastische Senkung der Rüstungsausgaben zugunsten von Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Soziales, Gesundheit und Umweltschutz. Das Nato- 2%- Ziel lehnen wir entschieden ab. Das „Sondervermögen“ für das Militär soll stattdessen in zivile Infrastruktur fließen.“

Begründung:

Die Konsequenzen der Aufrüstungspolitik im Haushalt und die sich daraus ergebenden Behinderung der gesellschaftlichen Entwicklung bilden einen wesentlichen Zusammenhang. Die Linke steht für Abrüstung und soziale Entwicklung.